

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zwimonatlicher
Anzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 2,50 Mk.
anschl. Zustellungsgebühr. Gesell-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Code-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Volkzeitung“ ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung, Nr. 1140,
der Postzeitschriften, Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abt., Nr. 11333

Anzeigenpreise:
Die 8 gepaltene 34 mm breite Mül-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 60 Pf., Reklamen
über 50 mm breite Mülmeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unsere Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenbüros. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, 8r. Draußstraße 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 32 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4699.

Volkzeitung

Dieerundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 415.

Halle, Sonntag, den 5. September 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Herbstnebel.

Von einem Parlamentarier.

Dunkel und trübe wie die alljährlichen Herbsttage, die wir jetzt erleben, liegt die Politik der nächsten Zeit vor uns. Was die angelegentlichsten Konferenzen in Brüssel und Genf an neuen finanziellen Belastungen für das deutsche Volk bringen werden, weiß heute niemand. Nur positiv ist es gewiß, daß die neuen Verpflichtungen zu allen bisherigen Härten die Lage Deutschlands immer unträglicher gestalten werden. Auch den Mittellungen des Reichsfinanzministers Simon sind die Korrekturen für beide Konferenzen mit dem Begleiter bereits weit gefordert, man darf annehmen, daß nach den Erfahrungen von Spa die Reichsregierung, der damals wirklich beim besten Willen keine Zeit zur Vorbereitung zur Verfügung stand, besser gerüstete Vertreter entsenden wird, als früher.

Aber auch in der inneren Politik sieht es herbstlich düster aus. Während Nebelstößen verhüllen den freien Überblick in die Entwicklung der nächsten Zeit. Die Unabhängige Sozialdemokratie steht offenbar vor einer Spaltung. Ein Teil der Mitglieder wird mit den Kommunisten zusammengehen und Anstoß an die „Dritte Rosa Luxemburg Internationale“ suchen. Ein anderer Teil, wohl vermutlich der Mehrere, wird nachgerade seinen Frieden mit der Mehrheitssozialdemokratie machen. Dann fragt es sich, welche Haltung die Mehrheitssozialdemokratie einzunehmen gedenkt. Seit den Reichstagswahlen hat sie sich ängstlich von jeder Verantwortung zurückgezogen. Es scheint aber in letzter Zeit die Einsicht zuzunehmen, daß sich die Rätepartei in der Verantwortung für die Weierentwicklung ausschließen kann. Der sozialdemokratische Vgl. Heilmann, ein führender Kopf unter seinen Genossen, hat dieser Tage nach dem Bericht des „Vorwärts“ in einer Berliner Verammlung lebhaftest Anfragen gegen die Regierung gerichtet, die vollständig verweigert habe und nun angeklagt. Es ist notwendig, daß das Volk sich zu Klären anmerken wird, die hoffentlich so ausfallen werden, daß die Sozialdemokraten ihre Plätze in der Regierung wieder einnehmen können. Hoffentlich wird unser Partei die Parole ausgeben, daß die Sozialdemokraten keinen Finger rühren darf, um die Regierung zu verlassen. Simons im Amt zu halten, unsere Partei muß vielmehr alles tun, um diese Regierung zu stützen.“ Aus diesen Worten geht ziemlich deutlich hervor, daß der sozialdemokratische Antimut gegen die letzte Regierung weniger lässlich als tatsächliche Ermüdungen entspricht. Man will offenbar nicht mit der Deutschen Volkspartei in einer Regierung zusammengehen, deshalb soll die letzte Regierung erst gestürzt werden. Aber es mag fraglich bleiben, ob die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten so denkt wie Heilmann. Wenn wirklich ernsthaft Ausichten auf Zusammenschluß der Partei mit dem rechten Flügel der Unabhängigen beständen, oder wenn gar demnächst eine Einigung in dieser Richtung zustande käme, würden darüber vielleicht wieder Widerstände gegen die Übernahme der Regierung entstehen. Ebenfalls liegt die Entwicklung im sozialdemokratischen Lager vorläufig noch recht unklar.

Auch in dem sogenannten bürgerlichen Fortschrittler sieht es am Abend. Die Demokraten und die Deutschen Volksparteier sind nach hitzigen Kämpfen in eine Regierungsgemeinschaft getreten, in die sie lediglich unter dem Druck der notgedrungenen Not hineinzwungen wurden. Die Deutsche Volkspartei sieht aber allem Anschein nach noch nicht ganz in der Zwangslage zurück gehen können, in die sie sich widerwillig verwickelt sieht. Ihr rechter Flügel, der wohl auf Agitation als auf unbefristete Regierungsverantwortung angelegt ist, kann die Unterzeichnung der Volksparteier unter das Abkommen von Spa und manche anderen, inzwischen aufgetauchten Regierungsschwierigkeiten noch nicht verpassen. Gerüchte über drohende Spaltung in der Volkspartei, die nicht zur Ruhe kommen wollen, mögen übertrieben sein, aber sicherlich befindet sich die Partei gegenwärtig in wenig behaglicher Lage. Denkt man sich nun gar, daß Reichstagswahlen oder auch nur reichliche Landtagswahlen vor der Tür stehen, so vermag niemand zu sagen, welche Haltung denn die Deutsche Volkspartei einnehmen wird. Ob sie in ihrer Weise, wie bei den letzten Reichstagswahlen, gegen die mit ihr in der Regierung sitzenden Demokraten kämpfen will? Aber die Deutschen Nationalen zur Rechten würden ihr das diesmal gewiß nicht danken, sie würden vielmehr dafür sorgen, daß die „Regierungsländer“ der Deutschen Volkspartei die ja dann die gleichen wie die demokratischen sein werden, mit allem Nachdruck der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Oder wird eine Umänderung zwischen beiden Regierungsparteien erfolgen, die ja programmatik weniger schwierig erscheint als tatsächlich? Vermutlich würde aber ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei kaum eine Willkürleistung auf den linken Flügel der einen wie auf den Rechten der anderen heißen.

Die Haltung des Zentrums wird sich amiesellos an den Kombinationen anschließen. Die laßhafte Anmaßungslosigkeit dieser Partei hat sich jetzt auch im neuen Reichstag wieder gezeigt. Die Lösung von den mehrheitssozialistischen Regierungsgenossen hat sich mehr als schmerzlos vollzogen und die neue Haltung in der Mitte zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei ist unter Redenbändiger Panzerschutz so gelöst durchgedrückt worden, daß spätere Umänderungen, sei es nach links, sei es nach rechts dem Zentrum keinerlei Schwierigkeiten bereiten dürften, selbst wenn Herr Erzberger nicht deutscher Volksdiener werden, sondern als einflussreicher Abgeordneter seinen Führerschaft im Parlament wieder einnehmen sollte! Klar und bestimmt ist nur die Haltung der beiden Oppositionsparteien, der Deutschnationalen Volkspartei auf der Rechten und der kommunistischen Volkskämpfer auf der Linken. Die haben aber auch wirklich leicht mit ihrer Verneinungspolitik um jeden Preis. Niemand wird sie deshalb beneiden. Wer in dieser furchtbaren Notlage nichts anderes als seine Parteiinteressen wahrnehmen zu müssen glaubt, wer der Hebergzeugung lebt, daß alles erst zusammenzuführen muß, ehe es besser werden kann, wer das Verantwortungsgefühl für die vaterländischen Geschicke so ganz vernünftig läßt, der kann wohl Augenblinderfolge bei den verärgerten Massen davontragen, aber nimmermehr dauernd mit seiner Alles-oder-Nichts-politik Einfluß ausüben.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Sozialisierungskommission hat, wie schon kurz gemeldet, nach viermonatiger Arbeit am 21. Juli ihre Arbeiten über die Sozialisierung der deutschen Kohlenwirtschaft (Produktion und Verteilung) abgeschlossen und jetzt einen Bericht darüber abgefaßt.

Die Kommission hat sich in zwei Gruppen geteilt, die eine vertritt die sofortige Kollektivierung in derselben Richtung wie die Kommission des Vorjahres, mit dem Unterschied, daß aus der damaligen Mehrheit eine Minderheit geworden ist, die andere Gruppe schlägt eine allmähliche Kollektivierung unter vorläufiger Nichtausübung des Privatkapitals vor, und ist diesmal die Mehrheit, allerdings eine verhältnismäßig kleine, nämlich von nur 11:10. Sämtliche Mitglieder der Kommission stimmen darin überein, daß eine weitgehende Ausschaltung kapitalistischer Gewinne im Kohlenbergbau geboten ist.

Der Mehrheitsvorschl. (Vorschlag Rathenow.)

Schnitzpapier ist die Durchführungsmaßnahme des „Produzententums“ und die „Verstaatlichung des Syndikats“ laut Gewerkschaftsabkommen. Wegen der gegenwärtig gefährdeten Wirtschaftslage und der im Unternehmertum liegenden Produktivkräfte kann sich die Mehrheitsgruppe nicht für eine sofortige völlige Ausschaltung des Privatkapitals entscheiden. Daher wurde der Mehrheitsvorschlag, dass die Unternehmer als verantwortlichen Aufsicher zu Beteiligten der Wirtschaft zu erhalten, ihnen aber alle Monopolrechte und Ausichten auf Differentialrenten (die Mehrerträge der unter günstigen Abbaulage arbeitenden Werke), ferner die Bestimmung des Preises und Gewinne, die Leistung der gewerblichen Politik zu entziehen, seine Wirtschaft durchsichtig und kontrollierbar zu machen und seinen Besitz im Verlauf eines gesetzlich festgelegten Zeitraums (nicht über 30 Jahre) zugunsten der Allgemeinheit zu enteignen. Der bisherige Reichskohlenverband (die selbständige Vereinigung der Syndikats) wird aufgelöst. Statt seiner wird der Reichskohlenrat der einzige Gesamtträger der deutschen Kohlenwirtschaft, der die Funktionen eines Zentral-Syndikats übernimmt. Der Reichskohlenrat ist kein privatwirtschaftliches Geseh, sondern eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die alle Ueberflüsse dem Reichshaushalt überweist. In ihn sind alle Erzeugnisse des Kohlenbergbaues zum Selbstkostenpreis der Werke abzuzulieren bzw. ihm zur Verfügung zu stellen; er nimmt die Rechnungslegung aller Werke in die Hand, hier sammeln sich alle Gewinne, von hier aus wird die gewerbliche Politik der Kohlenwirtschaft geleitet, er setzt die Verkaufspreise fest sowie die den Werken zu leistenden Zubehörungen; ihm steht es frei, Verbesserungen der Betriebsmittel zu verlangen und die erforderlichen Anwendungen zur Verfügung zu stellen, Werke aufzulassen oder stillzulegen, Werke zusammenzuführen, Kohlenfelder zu enteignen und neue Betriebe zu eröffnen. Die Erzeugung neuer Felder durch private Unternehmer ist untersagt.

Die Preispolitik des Reichskohlenrats wird nach der Richtung orientiert, daß die an die Erzeuger vergüteten Selbstkosten den Weltmarktpreis ergeben. Zu diesem treten die Verkaufsabzüge. Nach Abzug der Betriebskosten verbleibt in der Hand des Reichskohlenrats der Gewinn.

Der Reichskohlenrat wird aus Betriebsleitern, Angestellten, Arbeitnehmern, Verbrauchern und Sachverständigen zusammengesetzt.

Die Funktionen des Reichskohlenrats werden durch ein von ihm zu bestellendes Reichskohlendirektorium ausgeübt. Die Einzelunternehmungen stehen zum Reichskohlenrat in Beziehung, sie erwirten, in Lohn arbeitenden Erzeugungsfeldern neuen Betriebe zu, gegebenen Zeit vom Reichskohlenrat übernommen werden.

Der Minderheitsvorschl.
vertritt den Gedanken der sofortigen Kollektivierung. Die Gruppe hat einen Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes ausgearbeitet. Die einheitliche Gesamtträger der Kohlenwirtschaft ist die Deutsche Kohlenindustrie, die sich als ein öffentliches Geseh, welche sämtliche zugehörigen Unternehmungen umfaßt, alle Angelegenheiten des deutschen Kohlenbergbaues und seiner Angehörigen im gewerkschaftlichen Dienst normiert und die Ein- und Ausfuhr regelt. Alle Ueberflüsse der selbstständig und kaufmännisch arbeitenden D. K. G. fließen der Reichskohlenrat. Die Festlegung der Kohlenpreise bedarf der Genehmigung der Reichsregierung. Die Organe der D. K. G. sind der Reichskohlenrat (R. K. R.) und das Reichskohlenratdirektorium (R. K. D.).

Der Reichskohlenrat, 100 Mitglieder; wird zusammengesetzt aus 15 von den Leitern der Bergbaubezirke und Betriebe, 25 von den Arbeitern und 10 von den Angehörigen der D. K. G., 15 von den verbandsgebundenen Industriellen

und 10 von den letzten Verbrauchern gewählten Vertretern; 5 Mitglieder werden vom Reichstag, 5 vom Reichswirtschaftsrat, 15 allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrene Mitglieder vom Reichstanzler ernannt. Das Wahlverfahren bestimmt der Reichskohlenratminister.

Das Reichskohlenratdirektorium, fünf Mitglieder, besteht der Reichskohlenrat auf fünf Jahre. Die Mitglieder erhalten feste Bezüge und können jederzeit vom Reichskohlenrat mit Zweidrittelmehrheit abberufen werden. Das Direktorium führt die Geschäfte der Kohlenindustrie auf Grund einer der Privatindustrie analogen Bewegungsfreiheit, die nur durch den jährlichen Wirtschaftspland und die vom Reichskohlenrat zu gebende Geschäftsordnung begrenzt wird. Bei Errichtung neuer Werke, Stilllegung und Zusammenlegung, Abgrenzung der Bergbaubezirke und Betriebsstätten und Tarifverträgen ist die Zustimmung des Reichskohlenrats notwendig.

Das Bergbaubezirk wird in etwa 20 Bezirke eingeteilt. Jeder Bezirk ist einem Generaldirektor, jedes Unternehmen einem Direktor unterstellt, die auf Privatdienstvertrag mit festen Bezügen und Sondervergütungen angestellt sind.

Der Kohlenhandel kann vom Reichskohlenrat ebenfalls in gemeinwirtschaftlicher Form geregelt werden; Enteignungen gegen Entschädigung. Die Verteilung des Hausbraudes übernehmen die Gemeinden, die als Organe Genossenschaften oder Kleinhandel benutzen können. Der Aus- und Einfuhrhandel wird vom Reichskohlenrat geleitet, das sich der kaufmännischen Vermittlung bedienen kann. Zur Behebung der persönlichen Initiative jollen auch bei Angelegten und Arbeitern neben festen Bezügen Leistungsprämien gewährt werden.

Die Verkehrskontrolle der Eisenbahnen.

Freitag nachmittag trat die Reichskontrollkommission der Eisenbahnbetriebsräte zu einer Sitzung zusammen, um zu der Abklärung des Reichskohlenrats mit der Kommission erneut zu verhandeln. Stellung zu nehmen. Die Besprechung zog sich über mehrere Stunden hin. Die Vertreter erklärten, daß die Betriebsräte der Eisenbahnarbeiter und Angestellten nach wie vor die von ihnen gewählte Reichskommission als die maßgebende Behörde für die Ueberwachung des Eisenbahnbetriebs ansehen. Man werde auf jeden Fall an den gefassten Beschlüssen festhalten, ohne sich durch die Drohung einer Entlassung abbrechen zu lassen. Die Konferenz beschloß endlich, einen Aufruf an die Eisenbahnen zu erlassen, in welchem ihnen mitgeteilt wird, daß für den Fall eines Kampfes die organisierte Arbeiterschaft hinter ihnen steht. Die Eisenbahner sollen sich nach wie vor an die Beschlüsse der Reichskommission halten und die Transporte auf Waffen und Munition unterbinden.

Wie uns mitgeteilt wird, ist die Lage außerordentlich ernst. Es ist anzunehmen, daß die Regierung, nachdem Reichsverkehrsminister Greiner seinen Standpunkt in den veröffentlichten Anweisungen an die Eisenbahndirektionen unzweideutig festgelegt hat, in weiteren Verhandlungen mit der Reichskommission zum Nachgeben bereit ist. Die Kritik dürfte sich in kürzester Zeit dadurch verschärfen, daß die einzelnen Eisenbahndirektionen und nachgeordneten Behörden gegen die Betriebsräte energisch einschreiten. Von der Berliner Eisenbahndirektion ist einzelnen Betriebsräten, die offen erklärten, daß sie sich an die Bestimmungen des Reichsverkehrsministers nicht halten, mit der Entlassung gedroht worden. In diesen Fällen dürfte es wahrscheinlich zu Konflikten kommen, deren Folgen sich natürlich noch nicht übersehen lassen.

Die Ernährungskonferenz in Strela.

Am 3. September. Agnieszka Stefani meldet aus Strela, die Verhandlungen mit den Deutschen begannen am Sonntag oder Montag. Bis dahin finden Vorbereitungen unter den Alliierten statt.

Der Kampf gegen den Bolschewismus in Rußland.

Von einem Warschauer Korrespondenten wird uns geschrieben:

Warschau wimmelt auch jetzt, wo Polen sich im Kriege mit Rußland befindet, von russischen Flüchtlingen und Emigranten. Die Polen legen, daß sie nicht gegen Rußland, sondern gegen die Bolschewistik kämpfen, und in diesem Kampfe finden sie tatsächlich auch tragfähige Verbündete in solchen Russen selbst, welche die Zukunft Rußlands nicht in dem Bolschewismus sehen. Es gibt in Warschau ein russisches politisches Komitee, das sich der Kampf gegen das bolschewistische Rußland als Aufgabe gesetzt hat und schon russische Heeresgruppen organisiert, um sie an die Front zu schicken. Die Zahl dieser Verbände ist nicht gering. Unter dem russischen General Salachowitsch stehen 6000 Mann Infanterie, der General Fokowitsch ist Führer einer aus 3000 Mann bestehenden Infanterie-Abteilung und General Glesnapp hat bisher ungefähr 10 000 Mann, mit denen er an der Front gegen die Weis Armee operiert. Die Führer der ganzen Propaganda-Bewegung ist der frühere Kriegsminister Sawintow. Sawintow kam als Sozialrevolutionär in das erste revolutionäre Kabinett des Fürsten Lwow als Kriegsminister, befehligte sein Portefeuille auch unter Kerenski und ging erst nach der Affäre Kornilow, als er mit Kerenski einen Zusammenstoß hatte. Herr Sawintow, hat im Hotel

Brexit ein kleines Büro, er hat da Abteilungschef, Abteilungsleiter, Sekreterien, Sekretariate mit ihm...
Vor kurzem ist er mit nun gelungen, Herrn Sawinow zur Gewährung einer längeren Unterredung zu bewegen. Auf meine Frage erklärte er mir zunächst, daß er den Ausgang der Schlacht vor Warschau als einfach tödlich für den Bolschewismus ansehe. Die Kraft der Roten Armee sei gebrochen, und sie werde nicht in der Lage sein, die neuen Anführer aufzunehmen. Etwas überzogen über diesen Optimismus erregte ich, daß die Rote Armee noch immer über Kräfte genug verfüge, und außerdem sei die Versorgung durch die polnische Armee nicht so energig, die Polen selbst mögen ja den Nachhutschlägen aus.

„Das weiß ich sehr wohl.“ antwortete Sawinow. „Auch ich sage, trotz aller Freundschaft, die ich den Polen gegenüber fühle, daß ich die polnische Armee für keine besonders starke Armee halte. Auch erwarte ich nicht von der polnischen Armee, daß sie die bolschewistische Kraft gemindert und vernichtet. Aber vernichten Sie nicht den General Wrangel und vernichten Sie nicht, daß unsere Streitkräfte, die wir organisieren, inhaltlich ein Bedeutendes wachsen. Von hierin, gegen die bolschewistisch kämpfenden russischen Verbänden erwarte ich den endgültigen Sieg über die Bolschewisten. Sie können mir zwar entgegenhalten, daß Kollisch, Judenitsch und Denikin auch nicht stark genug waren, um den Bolschewismus vernichten zu können. Aber das hat keine besondere Grund. Der Kollisch, der russische Bauer trauete weder Kollisch, noch Denikin. Diese Generale vertraten doch im Grunde genommen das realistische System. Und wenn der russische Bauer den Bolschewismus nicht vernichten will, so ist es nicht, daß die Russen noch immer vom Sozialismus. Wrangel aber kommt mit einer wohlbedachten und radikalen Bodenreform. Er vertritt den Bauern nicht nur Land, sondern dort, wo er selbst Herr der Lage ist, vertritt er auch durch die Tat sein neues Bodenrecht. Infolge dessen haben die Bauern Vertrauen zu ihm und strömen ihm in großen Massen zu. Daselbst ist der Fall bei anderen Verbänden. Das, worauf ich bauer, ist eben der Umstand, daß der russische Bauer mit uns gegen die Bolschewisten geht, wenigstens sehen wir das bisher. Außerdem vernichten Sie nicht, daß die Russen nicht eher zu den Bolschewisten eilen werden, wenn sie mit Russen, mit eigenen Leuten gegen die Bolschewisten kämpfen können, als wenn sie mit den Polen zusammen gehen müssen.“

„Und wie lange meinen Sie, kann die Agonie des Bolschewismus dauern?“
„Auch das ist sehr groß, und die Arbeit ist nicht leicht. Aber es kann sich nur um Monate handeln, und nicht um Jahre.“

Leiten Sie, Herr Minister, die Propaganda allein oder führen Sie im Zusammenhang mit anderen Komitees...
Ich arbeite im Auftrag des russischen Komitees, dessen Präsident ich bin. Natürlich arbeiten auch andere Männer im Auslande daran, den Bolschewismus in Rußland zu stützen. Von den Männern der ersten russischen revolutionären Regierung sind der Fürst Nowin in Paris, Kobzjanin in Serbien, Kerenski in London, Guttschow in Rußland. Sehr viele Russen arbeiten am Sturze des Bolschewismus in Paris. Aber die Pariser Emigranten sind weniger geeignet, das Vertrauen des russischen Volkes zu gewinnen, und zwar deshalb, weil sie teilweise Sozialrevolutionäre sind, die immerhin früher mit den Bolschewisten zusammen gearbeitet haben, oder aber Radikalen nicht angehören, die auch keinen allzu großen Anhang haben.“

„Wie stellen Sie sich die Regierungsform des zukünftigen Rußlands vor?“
„Die Staatsform muß natürlich eine Republik sein und zwar eine föderalistische Republik sein. Wir wollen in der Zukunft keinesfalls noch einmal eine imperialistische Politik treiben, und wir wollen auch keine Gewalt anwenden, um Estland, Litauen, Lettland, Armenien oder Georgien zu Rußland zurückzuführen. Aber wir wollen eine so gute innere Einrichtung schaffen, wie möglich, die freiheitlich vollkommen gestaltet, das Leben für das Volkstum zu verbessern machen, daß diese Teile selbst sagen werden: sie wollen“

in ein liberatives Verhältnis mit Rußland eintreten und mit dem großen Rußland zusammengehen. „Aber diese Idee werden ich aber durch kriegerische Arbeit verwirklichen lassen und nicht durch Gewalt oder Kriege. Ich bin Pazifist und ein Gegner des Krieges. Innerpolitisch streben wir eine liberalere, radikale, fast sozialistisch-radikale Regierung an und wollen keinesfalls den weichen Terror nach dem roten auskommen lassen.“

„Herr Minister, es sind einige politische Kreise in Deutschland, die hoffen, daß nach der Ausgestaltung der Dinge in Rußland, nach dem Sturze des Bolschewismus ein Zusammengehen mit Rußland möglich wird. Wie denken Sie darüber?“

„Ich laute schon, daß ich selbst Pazifist bin. Ich strebe eine Politik in Rußland an, welche freundschaftliche Beziehungen zu allen anderen Staaten pflegt. Aber ich würde gegen Bündnisse sein, die die Gefahr eines neuen Krieges in sich bergen würden. Und diese Gefahr sehe ich auch in einem besonders engen Bündnis zwischen Deutschland und Rußland. Deutschland strebt die Revision des Verfallenen Vertrags an. In der Tat, dieser Vertrag enthält Bestimmungen, welche revidiert werden müssen. Aber eine Revision könnte durch das Verlangen Rußlands nicht auf das Verlangen Deutschlands erfolgen. Außerdem hat sich Deutschland keineswegs damit abgefunden, daß es viele Gebiete verloren hat. Nicht nach Westen hin ist es mit Revandegedanken erfüllt, sondern nach Osten, nach Polen hin. Ich bin Ententeist, aber außerdem bin ich ein Freund des polnischen Volkes und will eine Verbindung zwischen Polen und Rußland herbeiführen. Ich würde also eine Politik unterstützen, welche eine Kriegspolitik wäre gegen die Wirrtäter oder gegen Polen. Anders ist es mit den russischen Beziehungen auszuwenden. Hier streben wir alle an, wir sind alles auf diese Beziehungen angewiesen und eine neue russische Regierung würde sofort Schritte wegen Anknüpfung enger wirtschaftlicher Beziehungen einleiten. Aber eine neue Kriegspolitik — das nicht!“

„Ich habe die Ausführungen des Herrn Sawinow aufgezeichnet und gebe sie hier ohne Kommentar. Es ist natürlich in seinen Ausführungen auszufehen, vor allem sein Optimismus betreffend den Sturz der Regierung Kerenski. Aber es ist interessant, zu hören, wie die Russen von den anderen Seite der Barriere denken, und mit welchen Gedankenströmungen ein neues Rußland aufgebaut werden soll.“

Der polnische Außenminister Sapieha geht selber nach Peking.

Warschau, 3. September. (Eig. NebAn.) Nach der für heute vorgesehenen Mittlere der letzten Mittalder der Minister Delegation unter Dworkowski wird ein Ministerialrat sich mit den Einzelheiten der Verhandlungen in Peking befassen. Die russische Seite werden mit Ausnahme des Ministerialdelegierten Die Minister der Minister Delegation nicht nach Peking gehen. Mit besonderem Interesse wird jedoch bemerkt, daß für die erste Verhandlungstag der Außenminister Sapieha selbst nach Peking gehen wird. Es bedeutet dies einen weiteren Schritt in dem seit kurzem sich entwickelnden Verhältnis zwischen der polnischen Regierung, die Vertreter der Mitte und der Linken, den bisherigen Führer der Delegation Tomski (Generalpartei) und den sozialistischen Ministerpräsidenten Dalmatji bestreite zu überleben. Im allgemeinen erwartet man in Warschau, daß die Verhandlungen in Peking zu denen Rußland im vorliegenden Entschlossen hat, den endgültigen Frieden im Osten herbeiführen werden. Trotzdem wird von der Tagespresse unter Führung der „Raccosopolia“ nicht ohne französischen Einfluß der Gedanke bekräftigt, daß man die Sowjet-Regierung nicht durch den Friedensschluß formell anerkennen dürfte, sondern einen dauerhaften Waffenstillstand und Frieden schließen müßte. An die Spitze der russischen Delegation in Peking wird statt Danilowski Joffe treten.

Die Willfür im besetzten Gebiet.

Mains, 4. September. Die interalliierte Regierungskommission beschloß am 31. August die in Mannheim erlassene „Lagebeobachtung“ im besetzten Gebiet, für das besetzte Gebiet einen Monat, vom 15. September ab, zu

zuzuschreiben, als alles Metaphysische, alles begrifflich Konstruierte von vornherein miträuflich bestrafte.
Es ist dieser Standpunkt, von dem Wilhelm Wundt grundsätzlich seinen Ausgang nahm. Der „Zatbestand der empirischen Einzelseinzelheiten“ ist es, von dem die Philosophie unter allen Umständen ihren Ausgangspunkt nehmen muß. Dabei ist allerdings anzuerkennen, daß Wundt diesen Standpunkt nicht ausschloß, sondern vielmehr verteidigt. Er weist sehr wohl, daß die Philosophie bei diesem gegebenen Tatbestand der Einzelseinzelheiten nicht bleiben dürfen darf, daß ihr Ziel das Allgemeine, und nicht das Einzelne sein muß. Aber schon, daß er in solchem Maße das empirisch-metaphysische Gegebene als Ausgangspunkt betont, zeigt seinen Gegensatz zu aller idealistischen Konstruktion, die bezeichnend für sein vorchristlich-langames Fortwärtsschreiten zum Einzelnen aus dem Allgemeinen und Grundbegriffliche. So ist denn das eigentliche Gebiet Wilhelm Wundts das der Anwendung naturwissenschaftlicher Forschungsweise auf das seelische Leben: die experimentelle Psychologie.

Wie vor ihm Fechner und Locke, war auch Wundt ursprünglich Naturwissenschaftler und hatte eine Professur für Psychologie inne. Er ging dann zur Philosophie über und wurde seitdem eine Professur in Leipzig seit 1875. Gegen Ende dieses Jahrzehntes begründete er das erste psychologische oder experimentell-psychologische Institut in Leipzig. Hier sollte das Verhältnis, das zwischen seelischen Erscheinungen und körperlichen Vorgängen besteht, in exakter, experimenteller Forschung untersucht werden. Daß solche Beziehungen bestanden, war allgemein bekannt, und durch Fechner und Fechner war auch schon gezeigt worden, daß sehr wohl auf psychischem Gebiete, welches noch Kant der exakten Wissenschaft für unzugänglich gehalten hatte, bestimmte, mathematisch formulierbare Gesetze aufzustellen wären. Dieses Erkenntnis sollte nun im bewußter, systematischer Werk erfüllt werden und so erwuchs die „Grundzüge der physiologischen Psychologie“. In ihnen vertritt Wundt den psychologischen Naturalismus: „In sich sind physische und psychische Vorgänge etwas völlig Unersartiges. Inwiefern aber trotz dem Beziehungen und Einwirkungen von Körperlichem auf Seelisches und umgekehrt stattfinden, sollen diese genau bestimmt werden, und als „empirische Postulata“ wird aufgestellt, daß stets solche Beziehungen vorhanden seien. Dabei ist „Seele“ nur ein Sammelbegriff, ein Ausdruck für das Nebeneinander und Miteinander verlaufender einzelner Vorgänge. Vor allem sind es alle diesen Forschungsgebiet die Wissensvorgänge, die für Wundt im Vordergrund stehen, weshalb man seine Auffassung auch als „elementaristisch“ gekennzeichnet hat. In dem Gebiete der experimentellen Psychologie beruht Wundts größte und unbestrittene Leistung.

verbieten. Das Verbot erfolgte, weil die Zeitungsartikel abscheu haben soll, die angeblich Beleidigungen gegen die Besatzungstruppen enthalten.

Die Einfuhr amerikanischen Mehls.

Berlin, 3. Sept. Wie berichtet, streben die deutschen Bäckervereinigungen die Einfuhr von amerikanischem Weizenmehl durch den Staatsverband der nordamerikanischen Bädermeister an. Während die Regierung bisher eine ablehnende Haltung einnahm, will man nun nach der Rückföhr des Reichsrepräsentanten Kommissars von der Lebensmittelkontrolle in Straßburg Verhandlungen aufnehmen. Der Präsident des Reichsrepräsentanten Kommissars Gledler von Braun hat, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, mit den deutschen Bäckervereinigungen bereits Absprache getroffen. Die Reichsregierung stellt sich der Einfuhr amerikanischen Weizenmehls wenig impathisch gegenüber, da sie der Ansicht ist, daß die von privater Seite erstrittenen Einflüsse eine Erwidrerung des seitigen Verteilungssystems bedeuten würde. Die Bäckervereinigungen haben mit den Amerikanern erneut Fühlung genommen und erachtet, daß Deutschland statt des Weizens auch Getreide erziehen könnte. Die Einfuhr von Getreide wird als vorteilhaft angesehen, da auf der einen Seite die deutschen Mäher Bevölkerung finden müßten und da man bei dem Ausnahmungsabruch vor allem die Mele gewinnt, die für die Viehhaltung von ganz besonderer Bedeutung ist. Die endgültige Entscheidung, ob der Bevölkerung Weizenmehl aus Amerika in größeren Mengen zur Verfügung gestellt werden kann, dürfte also erst im kommenden Monat gefällt werden.

Zur Lage in Oberschlesien.

Berlin, 4. September. Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß die drei englischen Kreisverwaltungen in Zarowitz, Groß-Strehlitz und Weidau ihre Entlassung eingereicht haben mit Rücksicht auf die in ihren Bezirken von den französischen Behörden geübte Parteipolitik. Den Kreisverwaltungen in Zarowitz und Groß-Strehlitz ist die Entlassung bereits bewilligt worden.

Der Generalstreik in Frankfurt abgelehnt.

Berlin, 4. September. In Frankfurt ist vollständige Ruhe eingetreten. Der Generalstreik ist abgelehnt worden. Es wird überall gearbeitet. Von den bei den Zusammenstößen Verletzten ist noch einer gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf sechs erhöht.

Vor einer Krise in der Rheinschifffahrt.

M. Duisburg, 2. September. Eine außerordentliche Mitteilerversammlung des Paritätischer Schifferverbandes ist nach Besatzungsdauer am Freitag, den 3. September einberufen worden. Es soll eine eingehende Besprechung der Geschäftsfrage stattfinden und soll gleichseitig ein Beschluß gefaßt werden über die Stilllegung der Schiffe und die Entlassung des gesamten Personals, weil die großen Firmen, trotz der Frachtermäßigung keine Käufe mehr abnehmen.

Die Reichskonferenz der U. S. P.

Begann ihre dritten Verhandlungstag mit Stöcker & Schulz & Co. Stöcker bemühte sich namentlich, die Ausführungen des Prof. Ballo über das wirtschaftliche Verlagen des Bolschewismus abzumildern. Er wies darauf hin, daß in Rußland 8 Millionen Pud Baumwolle lagern, die allerdings infolge der Verfeinerung nicht nach Rußland gebracht werden können, da in ganzen Monat nur zwei Jahre von Turkestan nach Rußland zur Verfügung stehen. Die industrielle Produktion betrage 80 bis 40 Prozent der Friedensproduktion, während sie im kapitalistischen Polen nur 25 Prozent der Vorkriegs-

Sie ist ihm freilich nicht eine Einzelwissenschaft, sondern die Vermittlerin zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft überbaut. Auch die Logik will Wundt auf dieser Grundlage aufbauen, und zwar nicht als einfache, als Samenlogik gefaßt, sondern als Prinzipienlehre für alle Wissenschaften überhaupt und als Grundwissenschaft selbst. Bemerkenswert ist die eindringliche Sachkenntnis, mit der Wundt sich dabei in die Einzelwissenschaften vertieft und so fernliegende Gebiete wie Mathematik, Geographie und Soziologie ins einseilte verlorst. Auch auf ethischem Gebiete ist es die empirische Erfahrungspsychologie, die Wundt die Grundlage bildet. Die „Lagebeobachtung“ der „Grundzüge“ hier den Feststellungen zugrunde. Einer der fruchtbarsten Gesichtspunkte, die er hier aufstellt, ist die „F i t t e r o g e n e“ der „3 r e e“, d. h. der Gewandte, daß im ständigen Leben des einzelnen und namentlich der Völker die Leistung über den ursprünglichen angelegten Zweck hinausgeht und das Bedeutende jenseits des ursprünglichen Gewollten liegt, ja in gewissem Sinne im Gegensatz dazu stehen kann. Eine Beobachtung, die namentlich in der Aufwärtsentwicklung, in großen, emporstrebenden Epochen wie der Reformation und der Romantik ihre Bestätigung findet.

Wenn Wundt auch in seinen Hauptbestrebungen und in seinen Hauptleistungen durchaus ein Vertreter der antimetaphysischen, empirischen Denkweise war, so war er doch ein zu weiter und zu ehrlicher Denker, um nicht auch die Verschönerung des Problems einer höheren, überfünftlichen Wesenheit anzuerkennen, und den Gedanken eines höchsten, idealen Zweckes und seiner Begründung zu verlassen. So hat er denn — zur Enttäuschung mancher seiner Anhänger — in späteren Jahren eine „Meta-psychologie“ entwickelt. Das einseilte, was der Mensch hat, ist sein Wille und er richtet ihn und muß sich richten auf ein höchstes. Unirreales. So bekommt auch die religiöse Idee für Wundt ihren Sinn, und wenn ihm auch die bestimmte religiöse Lehre nur im höchsten Maße wertvoll war, so ist für ihn doch ein Gesamtwert vorhanden, der sich unendlich und nur sichtbar weiter entwickelt und von dem auch das gesamte menschliche Dasein nur eine Epoche darstellt. Damit rückt Wundt in dieser seiner letzten Epoche stark in die Nähe des geistigen Entwicklungsgebden, was er in der Schelling-Hefftingen Philosophie seine bedeutsamste Ausprägung gefunden hätte. — Wenn Wundt eine der bedeutendsten Vertreter der empirischen, der Metaphysik von Grund aus feindlichen Geistesepoche ist, so ist er das auch in dem Sinne, daß er, wie diese ganze Epoche, an deren Ende wir stehen, über die Beschränktheit dieses Entwicklungsstadiums hinauszuweisen wird und sich demjenigen nähert, das ursprünglich am meisten angegriffen und abgelehnt wurde: dem Metaphysischen.

Wilhelm Wundt.

Von
Privatdozent Dr. Ottomar Wichmann-Halle.

Mit Wilhelm Wundt (geb. 1832) ist einer der bedeutendsten Vertreter des alten Deutschlands von uns gegangen, in dem sich die Denkmäler, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts für die Wissenschaft und Philosophie vorzuziehend war, in ganz besonders ausgeprägter Weise verkörpert. Der liberal gebliebenen, empirisch-verfahrenden Forschungsmethode, die aller Metaphysik, aller begrifflichen Konstruktion abgeneigt, vor allen die Erfahrung befragt und sich an das Gegebene, Nachweisliche hält. Diese Denkmäler sind für den genannten Zeitalterschnitt durchaus kennzeichnend, nicht nur auf wissenschaftlichen, sondern auch religiösen und politischen Gebiete. Es hängt unzweifelhaft zusammen mit dem Vorherrschenden der Naturwissenschaft, der Entdeckung der Technik; ihr entspricht die freudige Anerkennung aller materiellen Werte, des Sinnesstrebens zur ledigen und wirtschaftlichen Beherrschung der Welt. Wundts Wundt, der durchaus der Gedankentendenz dieses Zeitalters entspricht, gab in seinem Epitome der herrschenden Weltanschauung in treffendster Weise Ausdruck und ist daher im ausgeprägten Sinne für diesen Zeitalterschnitt ein geistig führender gewesen.

Auch im geistigen Leben pflegt Wirkung und Gegenwirkung auf einander zu folgen wie Ebbe und Flut. So folgte, nachdem sich im ersten Teile des verflochtenen Jahrhunderts auf den Spuren Kants die deutsche Idealistische Philosophie in Schelling und Hegelpanauer und namentlich in Fichte und Spet zu einer bewundernswerten Leistung erhoben hätte, nachdem Jahrzehnte lang die Hegelische Philosophie eine fast dogmatische, diktatorische Gewalt besessen hatte, um so härter der Rückschlag empirisch-naturwissenschaftlicher Denkweise. Nur wenigen waren die Tiefen des Hegelischen Denkens unmittelbar zugänglich, den meisten war es die herrschende Philosophie, die Autorität, deren Formeln man, gemeinlich auch wohl ohne vollen Verständnis annehm und in denen man schematisch weiterarbeitete. Da konnte es nicht ausbleiben, daß eines Tages diesem Treiben gegenüber die Heberzeugungskräfte derjenigen den Sieg gewannen, die von aller dialektisch-hegelschen Konstruktion abließen und sich auf das unmittelbar empirische, Experimentell-sachliche schickten. So folgte den schwindend hoch aufgestiegenen Bekänden des deutschen Idealismus, der aus dem Zug und der Idee das ganze Reich des Wissens ableiten wollte und die Erfahrung perzidierte, eine Zeit nüchternen, schieren